

LEITARTIKEL

Wahlkampf-Regie bleibt vermurkst

Laschets Sofortprogramm kommt zwei Wochen vor der Entscheidung – und damit viel zu spät

Armin Laschet kann auch anders. Der in der Union als großer Integrator bekannte und als solcher auch lange geschätzte NRW-Ministerpräsident ist in der Lage, den politischen Gegner hart zu attackieren. Seit Tagen liefert der Kanzlerkandidat der Union, was seine Kritiker in CDU und CSU – vor allem aber CSU-Chef Söder – von ihm verlangen.

Das Problem ist nur, Laschet wirkt dann nicht authentisch. Und er spielt auch nicht sauber, was im Wahlkampf allerdings allgemein kein Kriterium ist. Zumindest möchte Laschet etwa den Eindruck hinterlassen, selbst Umweltverbände hätten bei den Verhandlungen über den Kohleausstieg das Jahr 2038 als adäquat empfunden. Und die SPD schildert er als Totalausfall in der deutschen Geschichte, deren gute Ideen nur dank der Union verwirklicht worden seien.

„Söder hilft Laschet erst sehr kurz vor der Wahl

Was Laschet aber viel mehr ausmacht, ist dies: Er kann Kompromisse. Was im Wahlkampf wie Selbstvergiftung wirkt, ist der Kitt für Koalitionen: zuhören, aufeinander eingehen, gemeinsam Lösungen finden, den anderen mal glänzen lassen. Da ist Laschet in seinem Element. Damit führt er seit Jahren geräuschlos eine schwarz-gelbe Regierung in Düsseldorf trotz knapper Mehrheit.

Für die Union geht es in diesem Bundestagswahlkampf darum, ob sie es noch schafft, das Erbe von Angela Merkel anzutreten.

KOMMENTAR

Aktionswoche kommt zu spät

Bund und Länder werben für Impfung

Mit einer besonderen Impfkationswoche wollen Bund, Länder und Kommunen alle Kräfte bündeln, um die Impfquote hochzutreiben. In ganz Deutschland können sich Menschen auf Marktplätzen, in Einkaufszentren oder Baumärkten ohne Termin gegen das Coronavirus impfen lassen. Das ist zu begrüßen.

Dieser Schritt aber wäre schon vor einigen Wochen erforderlich gewesen. Aktuell liegt die Impfquote bei 62,2 Prozent – viel zu gering, um in den Herbst zu gehen. Das Ziel muss bei mehr als 80 Prozent Doppelimpfungen liegen, um die Intensivstationen in den kommenden Monaten nicht zu überlasten. Vom Fallenlassen aller Corona-Beschränkungen wie der Maskenpflicht und den Abstandsregeln ganz zu schweigen.



KRISTINA DUNZ
ksta-politik@
dumont.de

ten oder ob sie sich wegen einer Wahlniederlage zerlegen wird. Gestützt auf die Oppositionsrolle könnte Laschet kaum Parteichef bleiben. Um die wenigen prestigeträchtigen Posten wie den Fraktionsvorsitz würde es ein Hauen und Stechen geben. Ein Generationenwechsel stünde an. Für die Jüngeren in der Union wäre das gar nicht mal die schlechteste Aussicht.

Hätte Markus Söder alles auf Wahlsieg gesetzt, hätte er Laschet helfen können. Der bayerische Ministerpräsident, der Klare-Kante-Mann, hätte den Part übernehmen müssen, bei dem Laschet schwächelt. Beim Parteitag in Nürnberg am Wochenende hatte er seine Hand gefasst und sie in die Höhe gerissen. Da war es, das Signal der Geschlossenheit. Zwei lächerliche Wochen vor der Wahl. Die Geste, auf die Laschet fünf Monate gewartet hatte.

Das Sofortprogramm, das Laschet am Montag vorgestellt hat, gehört zur ziemlich vermurksten Wahlkampf-Regie, erst auf den letzten Metern die Inhalte besser herauszustellen. Die Union wird nicht gewählt werden, weil sie die Pendlerpauschale „dynamisieren“ möchte oder KfW-Kredite allen Ernstes für unbürokratisch hält.

CDU und CSU würden gewählt, wenn sie Wählerinnen und Wählern die Sicherheit geben, dass sie als Schwesterparteien selbst stabil sind und den Kurs der Mitte halten.

Laschet hätte etwa längst den am rechten Rand irrlichternden Bundestagskandidaten Hans-Georg Maaßen in die Schranken weisen müssen. In Deutschland werden in der Mitte Wahlen gewonnen. Auch das ist Merkels Erbe. Und das will die SPD der Union nun streitig machen.



ALISHA MENDNGEN
ksta-politik@
dumont.de

Es ist typisch für das deutsche Pandemiemanagement der letzten Monate: Die Bundesregierung ist wieder nur auf Sicht gefahren. Bereits vor einiger Zeit war voraussagbar, dass die Impfquote stagnieren wird und die Neuinfektionen zunehmen werden. Dem hätten Bund und Länder damals entgegenzutreten müssen – mit niedrigschwelligem Impfangeboten, echten Impfanreizen und Aufklärung über die schützende Spritze.

Die Impfkationswoche kommt also zu spät. Denn zur Wahrheit gehört auch: Wer sich in dieser Woche erstimpfen lässt, wird frühestens in sechs Wochen – also Ende Oktober – vollimmunisiert sein. Bis dahin werden Corona-Inzidenz und Hospitalisierungsrate, die zum Hauptgradmesser der Pandemie geworden ist, weiter steigen.



Heiko Sakurai

GASTBEITRAG

Mit Klartext nach Fulda

Eine Online-Unterschriftenaktion will Reformwilligen im Klerus den Rücken stärken und die Dringlichkeit von Veränderungen betonen

Ende September tagt die Herbst-Vollversammlung der katholischen Bischöfe in Fulda. Es steht viel auf dem Programm – und noch mehr auf dem Spiel. Dringende Reformen sind gefordert. Das Image von Teilen des Klerus ist stark ramponiert. Entstandene Schäden sind immer noch nicht behoben. Vertrauen gilt es zurückzugewinnen. Der Geduldssaden selbst treuer Kernkatholiken ist äußerst angespannt. Die zunehmende Gleichgültigkeit vieler Kirchenmitglieder wächst stetig bis hin zur Resignation. Wer noch formal in der Kirche bleibt, geht ganz überwiegend nicht mehr zum Sonntagsgottesdienst.

Der bloße Verbleib als stummer Kirchensteuerzahler täuscht über die innere Abkehr von der Institution und deren teils unbeherrschter Leitungsebene hinweg. Die kommenden Jahre werden mit fortschreitender Abwendung von der Kirche die Missstände noch schmerzlicher zeigen. Umso wichtiger wäre es, sie durch beherztes Anpacken baldmöglichst zu beheben. Ein suizidales „Weiter so“ wird auch den Konservativsten nicht weiterhelfen. Der Auftrag der Kirche und die immer noch lebendige Botschaft Jesu Christi richten sich nicht nur an eine kleine Herde in der Wüste. Er wollte, dass sie alle Menschen erreicht bis hin zum letzten „verlorenen Schaf“. Seine Heilsbotschaft sollte die Welt erneuern. Und er wäre wohl erschrocken, würde er heutzutage das Erscheinungsbild, die Behäbigkeit sowie die Ausgrenzungsmechanismen seiner apostolischen Nachfolger erleben.

Eine Gruppe rheinischer Katholikinnen und Katholiken, alle gebürtig aus Köln, hat zu „ka-



CARL KAUF

geboren 1954, war Banker und Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Der gebürtige Kölner ist Initiator der Webseite www.katholischer-klartext.de

tholischer Klartext“ mit einer Online-Abstimmung im Netz aufgerufen. Die Initiative ist auf ein breites Medien-Echo gestoßen. Sie will ein Sprachrohr sein in drei Richtungen: Die inzwischen fast 11 000 Teilnehmenden sollen erleben, dass sie mit ihren Haltungen und klaren Forderungen nicht allein stehen. Den Reformwilligen im Klerus soll Rückendeckung gegeben werden: Ja, die sogenannten Laien wollen zeitgemäße Veränderungen! Und den Ewiggestrigen und Reformverweigerern soll gespiegelt werden, dass sie in der Minderheit sind und dass konservativer Zeitgeist früherer Jahrhunderte entstaubt und als unnötiger Ballast abgeworfen gehört.

Die Umfrage-Ergebnisse, die online abrufbar sind, werden zeitnah der Bischofskonferenz in Fulda übermittelt. Parallel wird auch die Apostolische Nuntiat in Berlin darüber informiert – in der Hoffnung, dass katholischer Klartext auch in Rom ankommt.

11 000 Unterschriften, das entspricht in etwa der Zahl der Männer und Frauen, die allein in Köln von Januar bis August aus der Kirche ausgetreten sind. Auch das ist Klartext – von Menschen, die jegliches Interesse an der Kirche verloren haben und die Reformunfähigkeit im Katholizismus verinnerlicht haben. Aber Gleichgültigkeit ist das Schlimmste, das der Kirche widerfahren kann. Konstruktive Kritik signalisiert zumindest Interesse, wenn nicht gar Bereitschaft zum Engagement für eine bessere Zukunft. Druck zur Veränderung kommt in Gesellschaften und Systemen meistens von unten. Darin liegt eine Chance auch für die Kirche!

ANALYSE

Griechen fühlen sich unverstanden

Das Verhältnis zu den Deutschen bleibt auch nach Merkel angespannt

Als Angela Merkel jetzt in einer Diskussion nach den schwersten Momenten ihrer Kanzlerschaft gefragt wurde, erinnerte sie an die griechische Schuldenkrise. Sie habe damals den Menschen in Griechenland „so viel zugebetet“, sagte Merkel. In vielen griechischen Medien wurde diese Reminiszenz mit Ironie kolportiert. „Eine Entschuldigung ist das ja nicht“, stellte der Moderator des Fernsehensenders „Skai“ fest.

Angela Merkel und die Griechen: Eine schwierigere Beziehung kann man sich kaum vorstellen. Die meisten Menschen in Griechenland weinen der scheidenden Kanzlerin keine Träne nach. Sie sehen in ihr die

treibende Kraft des „deutschen Spardiktats“ während der Staatsschuldenkrise. 2010 schnürten EU und Internationaler Währungsfonds das erste Hilfspaket für Griechenland. Es enthielt harte Auflagen.

Griechische Boulevardblätter bildeten die deutsche Kanzlerin in Fotomontagen als SS-Soldatin ab. Eine große Athener Zeitung zeigte in einer Karikatur Merkel als Zirkusdompteuse, die mit knallender Peitsche griechische Rentner zum Sprung durch einen brennenden Reifen antrieb. Demonstranten errichteten auf dem Athener Syntagmaplatz einen Galgen, an dem eine Merkel-Puppe baumelte. Inzwischen hat sich das Bild ein wenig auf-

gehellt. Viele Griechen und Griechinnen wissen heute, dass es damals Merkel war, die Griechenland im Euro hielt – gegen die Grexit-Pläne ihres Finanzministers Schäuble. Auch für ihre Flüchtlingspolitik bekommt Merkel nachträglich Anerkennung. Hätte sie im Sommer 2015 nicht die Grenzen geöffnet, wäre Griechenland in Chaos versunken.

Auch in Zukunft werden viele Griechen mit zwiespältigen Gefühlen auf Deutschland blicken. Als Urlauber sind die Deutschen gern gesehene Gäste. Politisch aber fühlen sich die meisten Griechen von Deutschland unverstanden.

GERD HÖHLER

PRESSESCHAU

CDU-Kandidat ist das Produkt des Klüngels einer Männerrunde

Augsburger Allgemeine

Dass Laschet (...) behauptet, Scholz werde das Land in den linken Abgrund führen und die Sozialdemokraten hätten in der Nachkriegsgeschichte immer auf der falschen Seite gestanden, kann man aus vielerlei Hinsicht für fragwürdig halten. Ein Grund, Laschet zum üblichen Populisten oder gar als „Mini-Trump“ abzustempeln, ist es nicht. Wahlkampf lebt von Konfrontation und der Fähigkeit, auch mal einstecken zu können.

DIE WELT

Wäre nun Mai, alles würde vielleicht gut für die Union. Doch in zwei Wochen ist Bundestagswahl. Der CSU-Parteitag offenbart das Scheitern der uninspirierten CDU-Kampagne. Laschet blieb das Produkt des Klüngels einer Männerrunde und des Duckmäusertums der CDU-Vorstandsmitglieder. Er kann mitreißender reden als Scholz, er hat Humor. Dass er bisher weniger sympathisch wirkt als Scholz, ist eigentlich absurd. Der CSU-Parteitag ist für die Union ein erschütterndes Erweckungserlebnis. Er zeigt, was hätte sein können, hätte man sich früher zueinander bekannt und füreinander begeistert. Man hätte sich zwingen können – und müssen.

Münchner Merkur

Söder hätte Laschet im April verhindern müssen, wenn er ihn für den verheerend Falschen hält. Oder ihn ohne Wenn und Aber unterstützen müssen. Für beides hätte es gute Argumente gegeben, auch dafür, dass Söder der Bessere gewesen wäre. Aber monatelang ein bisschen unterstützen, ein bisschen kritisieren oder die freundlichen Sätze ironisch brechen – das zog die CSU mit in Laschets Abwärtssog.

Kölner Stadt-Anzeiger

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f., Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.

Chefredakteur: Carsten Fiedler.

Stellvertreter: Lutz Feierabend, Dr. Sarah Brasack.

Head of Digital: Martin Dowideit.

Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik).

Chefkorrespondent: Joachim Frank.

Köln: Christian Hümmeler (Leitender Redakteur); Landeskorrespondent: Gerhard Voogt (Leitender Redakteur).

Frankfurt: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dieterich.

NRW/Story: Claudia Lehnen, Maria Dohmen (Reportage); Wirtschaft: Thorsten Breitkopf; Sport: Christian Loe; Kultur: Anne Burgmer; Magazin: Eva Fiedler, Jenny Meyszner; Chefredakteur: Peter Berger, Detlef Schmalenberger, Karlheinz Wagner; Art Director: Nikolas Janitzki; Produktion: Klaus Schröder; Regiodesk: Michael Greuel, Christine Badke.

Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln.

Hauptstadtbüro: Eva Quadbeck (Ltg.); RND Berlin GmbH, GF: Marco Fenske.

Auslandsvertretungen: Paris: Birgit Holzer; London: Katrin Pribly; Washington: Karl Doemens; Brüssel: Damir Fris; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Höhler; Istanbul/Nikosia: Frank Nordhausen; Johannesburg: Johannes Dieterich.

Nachrichtengeneratoren: dpa, afp, sid, kna

E-Mail Redaktion: ksta-redaktion@dumont.de; Fax Redaktion: 0221/224-2524.

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neven DuMont Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln. Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05.

Verlags-Geschäftsführer: Mirco Striewski, Karsten Hundhausen (Mediaverkauf).

Leiterin Vertrieb: Birgit Rollesbroich.

Das Bezugsgehalt enthält 7% Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 1. Januar 2021 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service: Tel. 0221 / 92586420, Fax 0221 / 224-23-32 E-Mail: abo-kundenservice.koeln@dumont.de

Anzeigen-Service: Tel. 0221 / 92586410, Fax 0221 / 224-24-91 E-Mail: anzeigen.koeln@dumont.de

Diese Zeitung wird unter Verwendung von Google-Fonts hergestellt.

Kölner Stadt-Anzeiger online: www.ksta.de